

Martin Hoeck

Liberalismus in der Kommunalpolitik

Die FDP beansprucht für sich, die einzige bürgerliche Partei in Deutschland zu sein, die politisch in der Mitte agiert. Alle anderen Parteien sehen sich selbst mehr oder weniger weit entfernt von der Mitte. Auf der bundespolitischen Bühne lässt sich dieses Selbstverständnis von der „Partei der Mitte“ sehr gut proklamieren. Auf der Landesebene funktioniert dies in abgeschwächter Form auch noch ganz gut. Aber spätestens bei der Kommunalpolitik wird es schwierig. Auf der untersten Ebene der politischen Arbeit sind die Probleme und Sachverhalte so konkret, dass allgemeine Parteiaussagen und Grundsatzprogramme nur noch sehr schwer dem Bürger verständlich gemacht werden können. Wie also soll man den Liberalismus in der Kommunalpolitik umsetzen? Wie kann liberale Politik vor Ort aussehen?

Politischer Erfolg bzw. politische Bedeutung misst sich an Wahlergebnissen. Wenn man sich beispielsweise die Ergebnisse der letzten Wahlen in Eberswalde (Brandenburg) anschaut, steht die FDP sehr gut da. Seit 2006 stellt der nur 36 Mitglieder zählende Ortsverband den hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt, seit 2008 fünf von 36 Stadtverordneten (13,8%) sowie seit 2009 einen von sieben Landtagsabgeordneten. Bedeutet das nun, dass Eberswalde mit seinen

knapp 42.000 Einwohnern eine besonders liberale Stadt ist?

Bis auf den Landtagsabgeordneten wurden alle Mandate vor Ort durch Direktwahlen gewonnen. Es standen also Personen und nicht Themen im Vordergrund. Auch ohne großartige wissenschaftliche Studien lässt sich nicht bestreiten, dass die Bürger nicht vordergründig FDP, sondern die Kandidaten direkt gewählt haben. Gerade bei Kommunal- und Bürgermeisterwahlen hängt das Ergebnis sehr stark von der Bekanntheit und dem Charisma der Person sowie von deren Vernetzung und Verankerung vor Ort ab. Und einen kleinen Teil machen dann noch die sachlichen Themen im Wahlkampf aus. Angesichts dieser Aufteilung von wahlentscheidenden Kriterien wird es schwierig zu behaupten, dass die Bewohner einer Stadt besonders liberal zu sein scheinen, wenn die FDP gute Wahlergebnisse erzielt.

Umsetzung liberaler Ideen in der Kommunalpolitik

Ausgehend von dieser Erkenntnis stellt sich nun die Frage, wie die FDP-Stadtverordneten bzw. ein FDP-Bürgermeister entsprechend liberale Ideen und Themen in der politischen Arbeit umsetzen können? Wie kann man sich als Liberaler bei einer Friedhofssatzung oder einer Kulturkonzeption von den Linken oder den Konservativen unterscheiden? Selbst liberale Grundüberzeugungen, wie möglichst niedrige Steuern oder möglichst wenig Bürokratie, lassen sich auf der kommunalen Ebene nicht immer durchhalten. Besonders nicht, wenn man sich in „Regierungsverantwortung“ befindet und den Bürgermeister stellt. Die Kommunalpolitiker müssen sich bestimmten Sachzwängen stellen

und können sich nicht nur auf die eigene Parteipolitik berufen. Die Umsetzung liberaler Ideen ist also auf kommunaler Ebene nicht so einfach möglich.

Spielraum ist begrenzt, aber nutzbar

Der politische Spielraum ist auf der kommunalen Ebene begrenzt. Dennoch lohnt sich ein Engagement, denn gerade vor Ort gibt man der FDP ein Gesicht für die Bürger und macht Parteiarbeit anfassbar. Am schwierigsten ist es, bei Vorlagen der Verwaltung liberale Akzente zu setzen. Und dabei ist es fast egal, ob der Bürgermeister Liberaler ist oder nicht. Natürlich wird ein liberales Stadtoberhaupt, wie im Beispiel von Eberswalde, immer wieder versuchen, eine entsprechend liberale Handschrift erkennen zu lassen. Aber unter anderem beim Erlass von Satzungen, bei denen ein Liberaler zuerst immer nach deren Notwendigkeit fragen würde, ist es oft gesetzlich vorgeschrieben, dass sich die Kommune eine zu geben hat. So müssen Marktgebühren- und Friedhofsgebührensatzungen kostendeckend erlassen werden. Damit hat sich die Frage nach einem Spielraum an dieser Stelle erledigt. Sowohl die Frage nach der Notwendigkeit einer Satzung, wie auch nach der Gebührenhöhe ist gesetzlich beantwortet. Eine liberale Handschrift ist daher kaum möglich. Ähnlich sieht es im Baubereich aus. Auch bei der Erstellung von Bebauungsplänen oder der Entscheidung für Investitionen ist es schwierig, eine parteipolitische Note erkennen zu lassen.

Trotzdem gibt es auch für eine kommunale Verwaltung Spielräume für liberales Handeln. Nahezu als klassisch-liberal wäre die Möglichkeit der Privatisierung von kommunalen Unternehmen zu nennen, natürlich vorbehaltlich einer entsprechenden Zustimmung der

Vertretung. Sich aber wenigstens nicht an der Gründung weiterer kommunaler Unternehmen zu beteiligen, sondern der Privatwirtschaft den Vorzug zu geben, ist ja auch schon ein Zeichen. Von ordnungsgemäßen Ausschreibungen bei Vergaben gar nicht erst zu reden. Leider muss an dieser Stelle das neue „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge“ erwähnt werden, mit welchem die rot-rote Landesregierung die brandenburgischen Kommunen zur wirtschaftlichen Betätigung sogar noch zusätzlich animieren möchte.

Zusätzlich kann die Verwaltung aber auch im tagtäglichen Arbeiten liberal agieren und ihre Arbeitsabläufe dahingehend modifizieren. So wurden in Eberswalde direkt nach der Wahl des FDP-Bürgermeisters in einem ersten Schritt die Ämter innerhalb der Verwaltung budgetiert. Seitdem sind sie für ihr Geld selbst verantwortlich und können so selbst entscheiden, wie sie Prioritäten setzen. In einem zweiten Schritt sind nun die in Trägerschaft der Stadt befindlichen Schulen und Kindertagesstätten dazu gekommen. Auch wenn es bei einigen Einrichtungen anfangs Widerstände und Animositäten gab, schätzen sie inzwischen doch die Vorzüge der Eigenverantwortung und des Selbst-entscheidens-Könnens.

Fraktionen können natürlich mit ihren Anträgen versuchen, eigene politische Akzente zu setzen. So fordert die Linke in Eberswalde, dass eine gerade in Planung befindliche neue Kindertagesstätte unbedingt auch in Trägerschaft der Stadt und damit durch die Stadt betrieben werden muss. Und die Grünen wünschen sich eine Mitgliedschaft der Stadt im „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.“. Die Liberalen haben sich entsprechend ihren Grundsätzen für mehr Bürgerbeteiligung eingesetzt und die Einführung

eines Bürgerhaushaltes durchgesetzt. Momentan ist die FDP-Fraktion die einzige, die nicht euphorisch für die Übernahme der Gas- und Energienetze durch die Stadt kämpft, sondern die Konzessionen weiterhin gerne vergeben möchte.

Kommunalpolitik ist überparteilich

Abschließend lässt sich feststellen, dass in der Kommunalpolitik überparteiliches Handeln schlicht notwendig ist. Ab und an gibt es auch „Koalitionen“ auf kommunaler Ebene. Aber nur selten sind diese in ihrer inneren Organisation und ihrem Selbstverständnis mit Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene vergleichbar. Viel hängt von den Akteuren vor Ort ab. Und so gibt es häufig wechselnde Mehrheiten, bei denen auch mal die FDP gemeinsam mit den Linken stimmt.

So lassen sich liberale Ideen und Überzeugungen eher indirekt und oft nur in wenigen Bereichen einbringen. Am besten geht dies über eigene Anträge der FDP-Fraktion vor Ort. Sehr gut eignen sich dazu Themen aus den Bereichen der Partizipation und Mitbestimmung der Bürger. Ansonsten können die liberalen Abgeordneten nur über sachorientierte Arbeit und viel persönliches Engagement der FDP vor Ort jeweils ein positives Image geben und die Bürger zur Wahl oder sogar zur Mitarbeit animieren. Fazit: Auch wenn der Spielraum begrenzt ist, lassen sich in der Kommunalpolitik liberale Akzente setzen sowie die Werte und Ideen des Liberalismus verbreiten.

Martin Hoeck,

Stadtverordneter in Eberswalde/ Brandenburg.